

Die New York Times warnt vor verschärften US-Sanktionen gegen den Iran und lässt zwischen den Zeilen ziemlich deutlich durchblicken, dass sie nach der Drohung des Irans, die Straße von Hormuz zu blockieren, jetzt eigentlich eine schnelle Strafaktion erwartet, bevor das islamische Land seine angeblich erwiesenen atomaren Ambitionen realisieren kann.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 250/11 – 29.12.11

## Der Iran droht damit, den Öltransport durch die Straße von Hormuz zu blockieren, falls die USA schärfere Sanktionen durchsetzen

Von David E. Sanger und Annie Lowrey  
The New York Times, 27.12.11

( <http://www.nytimes.com/2011/12/28/world/middleeast/iran-threatens-to-block-oil-route-if-embargo-is-imposed.html?nl=todaysheadlines&emc=tha2> )

WASHINGTON – Ein höherer iranischer Offizieller drohte am Dienstag mit harten Reaktionen auf wirtschaftliche Sanktionen, die von den USA vorbereitet werden. Er erklärte, sein Land werde sich gegen jede weitere Verschärfung (bereits bestehenden Sanktionen) mit einer Blockade aller Öllieferungen durch die Straße von Hormuz zur Wehr setzen; (durch diese Meerenge verläuft) eine Lebensader (der Weltwirtschaft), über die mehr als ein Fünftel aller Öltransporte abgewickelt werden.

Die Erklärung des Ersten Iranischen Vizepräsidenten Mohammad-Reza Rahimi erfolgte, weil Präsident Obama ein Gesetz unterzeichnen will, dessen Durchsetzung die Einnahmen des Irans aus dem Verkauf seines Öls so stark reduzieren würde, dass er sein Atomwaffenprogramm nicht mehr fortsetzen könnte.

Schon vor der jüngsten Reaktion (des Irans) hat die (US-)Regierung versucht, den Iran vom globalen Energiemarkt abzuschneiden und gleichzeitig zu verhindern, dass die Kraftstoffpreise steigen und einige der engsten Verbündeten Washingtons verprellt werden.



Straße von Hormuz (geringste Breite 54 km)  
(Karte entnommen aus Wikipedia)

Besorgt über den möglichen negativen Einfluss verstärkter Sanktionen auf die ohnehin bereits geschädigte Wirtschaft des Irans, des drittgrößten Erdölexporteurs der Welt, erklärte Rahimi: "Wenn die Sanktionen den Export iranischen Öls behindern, wird kein einziger Tropfen Öl mehr die Straße von Hormuz passieren." Das meldete die offizielle Nachrichtenagentur des Irans. Außerdem hat der Iran gerade ein 10-tägiges Marinemanöver in dem betreffenden Seegebiet begonnen.

In neueren Interviews haben Vertreter der Obama-Regierung mitgeteilt, die USA hätten einen Plan entwickelt, wie sie den Seeweg im Falle einer Krise offen halten können. Auf Hawaii, wo Präsident Obama gerade Urlaub macht, sagte ein Sprecher des Weißen Hauses, die iranische Drohung, die Straße zu schließen, werde nicht kommentiert. Das stimmt mit Aussagen anderer Regierungsvertreter überein, die betonten, man wolle einen verbalen Schlagabtausch vermeiden, um die Ankündigung der

iranischen Regierung nicht aufzuwerten und den Finanzmärkten keinen Schrecken einzujagen.

**Durch die Sanktionen gegen den iranischen Ölexport und die Unvorhersehbarkeit der iranischen Reaktion wachsen aber das Risiko einer (militärischen) Konfrontation und die Wahrscheinlichkeit einer schweren Beeinträchtigung der Weltwirtschaft.** Einige (US-)Regierungsvertreter glauben, auch der beabsichtigte Mordanschlag auf den saudischen Botschafter in den USA – der nach Meinung Washingtons von Al-Quds, einer Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarde finanziert wurde (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP18611\\_191011.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP18611_191011.pdf) ), sei als Antwort auf die maßgeblich von den USA durchgesetzten internationalen Sanktionen geplant worden. (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP18311\\_171011.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP18311_171011.pdf) )

**Mit der Drohung allein konnte der Iran seine Fähigkeit demonstrieren, jederzeit den Ölpreis in die Höhe treiben und damit die US-Wirtschaft beeinträchtigen zu können; damit wollte er auch die Handelspartner der USA davor warnen, sich den schärferen Sanktionen anzuschließen – die der US-Senat mit dem seltenen Abstimmungsergebnis von 100 zu 0 Stimmen beschlossen hat – weil sie dafür teuer bezahlen müssten.**

**Der Ölpreis stieg sofort über 100 Dollar pro Barrel, nachdem die Drohung ausgesprochen war, wobei unklar blieb, welchen Anteil an der Preissteigerung die Sorge von Kapitalanlegern hatte, dass eine Konfrontation im Persischen Golf den Ölzfluss unterbrechen könnte.**

**Durch die neuen Strafmaßnahmen, die im Rahmen des US-Militärhaushaltes beschlossen wurden, würden die US-Sanktionen gegen den Iran wesentlich verschärft. Sie wurden nur eineinhalb Monate nach der Veröffentlichung des Berichtes der International Atomic Energy Agency / IAEA beschlossen, der erstmals nachgewiesen hat, dass der Iran heimlich am Entwurf eines Atomsprengkopfes arbeiten dürfte, obwohl er das immer wieder bestritten hat.** (Infos über den IAEA-Bericht sind nachzulesen unter [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP20711\\_111111.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP20711_111111.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_11/LP20911\\_141111.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP20911_141111.pdf) .)

Wegen dieses IAEA-Berichtes und eines im November erfolgten Angriffs auf die britische Botschaft in Teheran denkt auch die Europäische Union über härtere Sanktionen wie ein Embargo gegen iranisches Öl nach.

**Seit fünf Jahren haben die USA immer härtere Sanktionen gegen den Iran verhängt, um dessen Führung doch noch zur Aufgabe ihres vermuteten Atomwaffenprogramms und zur Beantwortung einer immer länger werdenden Liste mit Fragen der IAEA zu bewegen. Die US-Regierung hat es aber immer bewusst vermieden, auch die iranischen Ölexporte ins Visier zu nehmen, mit deren Erlös der Iran etwa die Hälfte seines Haushaltes finanziert.**

**Weil der Kongress das so beschlossen hat, muss die US-Regierung jetzt auch noch diesen letzten Schritt tun und alle ausländischen Gesellschaften bestrafen, die Geschäfte mit der iranischen Zentralbank machen, über die fast alle Ölgeschäfte des Irans abgewickelt werden.**

Die Sanktionen würden es allen, die noch Geschäfte über die iranische Zentralbank abwickeln, nahezu unmöglich machen, weiterhin im Geschäft mit den USA zu bleiben. Dieser Schritt ist so schwerwiegend, dass einer der wichtigsten Sicherheitsberater des Präsidenten Obama vor zwei Monaten sagte, das sei "der letzter Ausweg". Die US-Regierung hat

dafür gesorgt, dass in dem beschlossenen Gesetz noch einige Schlupflöcher blieben, damit enge Verbündete, die sich verpflichtet haben, (auf andere Art) Druck auf den Iran auszuüben, nicht zu sehr geschädigt werden.

**Das Gesetz erlaubt es dem Präsidenten Obama auch, auf die Sanktionen zu verzichten, wenn der Ölpreis so stark steigt, dass die Sicherheit der USA bedroht ist.**

**Die neuen Sanktionen werfen wirtschaftliche, diplomatische und sicherheitstechnische Fragen von entscheidender Bedeutung auf. Nach Auskunft seiner Mitarbeiter hat Obama zur Zeit kein großes Interesse daran, dass die Energiepreise stark ansteigen, weil das die US-Wirtschaft weiter schwächen und seine Chancen, wiedergewählt zu werden, sehr schmälern würde; das wissen natürlich auch die Iraner. Deshalb muss die US-Regierung das Angebot und die Nachfrage nach Öl durch Öllieferungen aus anderen Quellen so austarieren, dass der Ölpreis auf dem Weltmarkt nicht zu stark ansteigt.**

**"Ich denke nicht, dass irgendjemand glaubt, wir könnten das Gesetz von Angebot und Nachfrage außer Kraft setzen, genau so wenig wie wir die Gesetze der Schwerkraft aufheben könnten," sagte David S. Cohen, der als Staatssekretär im Finanzministerium für Terrorismus und geheimdienstliche Erkenntnisse über Finanzen zuständig ist und die Einhaltung der Sanktionen überwacht. Er meinte: "Ich glaube, dass wir flexibel genug sind, genau das Richtige zu tun, um den Iran unter entsprechenden Druck setzen zu können."**

Die Bemühungen der USA, die Cohen und andere andeuten, müssen subtiler als ein totaler Stopp der Ölexporte des Irans sein, weil der die Preise für Benzin, Heizöl und andere Erdölprodukte explodieren ließe. "Das würde bedeuten, dass der Iran dann tatsächlich mehr Geld hätte, um seine atomaren Ambitionen zu realisieren und nicht weniger," warnte Wendy R. Sherman, der erst kürzlich ernannte Ministerialdirektor für politische Angelegenheiten, den Außenpolitischen Ausschuss des Senates Anfang Dezember.

Deshalb möchte die US-Regierung die Öleinnahmen des Irans dadurch reduzieren, dass sie den Umfang seiner Ölverkäufe verringert und den Iran zwingt, seinen Kunden einen Preisnachlass für Rohöl zu gewähren.

Wirtschaftswissenschaftler bezweifeln, dass eine Verringerung der iranischen Ölexporte ohne Preisanstieg möglich ist, auch dann, wenn andere Öllieferanten den Markt versorgen könnten. Analysten von Investmentbanken warnen wegen der neuen Sanktionen der USA und der erwarteten Sanktionen der Europäischen Union bereits vor steigenden Kraftstoffpreisen im Jahr 2012.

Seit Amtsantritt des Präsidenten Obama haben seine Mitarbeiter mit Saudi-Arabien und anderen Öllieferanten über eine Erhöhung ihrer Produktion und über garantierte Ersatzlieferungen an China verhandelt, das zu den größten Abnehmern iranischen Öls gehört. Noch ist aber unklar, ob die Saudis die Lücke füllen können, die eine Reduzierung der iranischen Öllieferungen reißen würde, auch dann, wenn bald wieder libysches Öl auf den Markt zurückkommt. Die USA wirken auch auf Staaten wie den Irak und Angola ein, damit diese ihre Produktion erhöhen.

Daniel Yergin (s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Daniel\\_Yergin](http://de.wikipedia.org/wiki/Daniel_Yergin) ), der in seinem neuen Buch "The Quest" (Die Suche) auch auf den Umgang mit Erdöllieferanten wie dem Iran eingeht, sagte in einem Interview, "angesichts der Begrenztheit des Marktes müssten die Sanktionen sorgfältig mit alternativen Öllieferungen abgestimmt werden". Er meinte, die Debatte

könne in eine ganz andere Richtung geführt werden, wenn die Keystone XL Pipeline (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Keystone-Pipeline> ) wieder aufgegriffen würde – die Ölleitung, die von Kanada in die USA führen soll und von der US-Regierung zurückgestellt worden ist.

**"Die einzige Strategie, die funktionieren könnte, wäre eine Kooperation aller Ölkäufer,"** erklärte Michael Singh, der Direktor des in Washington angesiedelten Institute for Near East Policy. (Infos dazu sind aufzurufen unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Washington\\_Institute\\_for\\_Near\\_East\\_Policy](http://de.wikipedia.org/wiki/Washington_Institute_for_Near_East_Policy) ). **"Denn wenn sich nur die Europäer, die Japaner und die Südkoreaner (an dem Boykott iranischen Öls) beteiligen, saugt China das ganze Öl auf, das vorher andere bezogen haben."**

**Außerdem bleibt immer noch die Frage, ob die Sanktionen – selbst wenn damit die Öleinnahmen des Irans zu senken wären – die iranische Regierung auch zur Aufgabe ihrer atomaren Ambitionen zwingen können.**

Dass die Sanktionen bereits Wirkung zeigen, ist an der Drohung der iranischen Regierung zu erkennen. Die iranische Währung hat gegenüber dem Dollar deutlich an Wert verloren, und es gibt bereits Gerüchte, dass die Iraner ihre Konten räumen.

"Die wirtschaftlichen Probleme des Irans scheinen zu wachsen, und seine ganze Wirtschaft ist in einem Zustand gespannter Erwartung," sagte Abbas Milani, Direktor für iranische Studien an der Stanford University. "Das Regime wiederholt immer wieder, die Sanktionen zeigten keine Wirkung, und es habe mehr Geld, als es ausgeben könne. 'The lady doth protest too much' (Die Dame redet zu viel; das ist ein Zitat aus Shakespeares Hamlet, 3. Akt, 2. Szene, das zum Sprichwort geworden ist und heute gebraucht wird, wenn jemand lautstark immer das Gegenteil von dem beteuert, was eigentlich zutrifft, s. dazu auch [http://en.wikipedia.org/wiki/The\\_lady\\_doth\\_protest\\_too\\_much,\\_methinks](http://en.wikipedia.org/wiki/The_lady_doth_protest_too_much,_methinks) .)"

*(In dem Artikel der New York Times wird mit längst widerlegten Lügen kaum verdeckte Kriegshetze gegen den Iran betrieben, obwohl man sich – wie unter [http://www.nytimes.com/2004/05/26/international/middleeast/26FTE\\_NOTE.html?pagewanted=all](http://www.nytimes.com/2004/05/26/international/middleeast/26FTE_NOTE.html?pagewanted=all) nachzulesen ist – schon einmal für die offene Kriegshetze gegen den Irak entschuldigen musste. Wir haben den Artikel komplett übersetzt und Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

**The New York Times**

December 27, 2011

## **Iran Threatens to Block Oil Shipments, as U.S. Prepares Sanctions**

By DAVID E. SANGER and ANNIE LOWREY

WASHINGTON — A senior Iranian official on Tuesday delivered a sharp threat in response to economic sanctions being readied by the United States, saying his country would retaliate against any crackdown by blocking all oil shipments through the Strait of Hormuz, a vital artery for transporting about one-fifth of the world's oil supply.

The declaration by Iran's first vice president, Mohammad-Reza Rahimi, came as President Obama prepares to sign legislation that, if fully implemented, could substantially reduce Iran's oil revenue in a bid to deter it from pursuing a nuclear weapons program.

Prior to the latest move, the administration had been laying the groundwork to attempt to cut off Iran from global energy markets without raising the price of gasoline or alienating some of Washington's closest allies.

Apparently fearful of the expanded sanctions' possible impact on the already-stressed economy of Iran, the world's third-largest energy exporter, Mr. Rahimi said, "If they impose sanctions on Iran's oil exports, then even one drop of oil cannot flow from the Strait of Hormuz," according to Iran's official news agency. Iran just began a 10-day naval exercise in the area.

In recent interviews, Obama administration officials have said that the United States has developed a plan to keep the strait open in the event of a crisis. In Hawaii, where President Obama is vacationing, a White House spokesman said there would be no comment on the Iranian threat to close the strait. That seemed in keeping with what administration officials say has been an effort to lower the level of angry exchanges, partly to avoid giving the Iranian government the satisfaction of a response and partly to avoid spooking financial markets.

But the energy sanctions carry the risk of confrontation, as well as economic disruption, given the unpredictability of the Iranian response. Some administration officials believe that a plot to assassinate the Saudi ambassador to the United States — which Washington alleges received funding from the Quds Force, part of the Iranian Revolutionary Guards Corps — was in response to American and other international sanctions.

Merely uttering the threat appeared to be part of an Iranian effort to demonstrate its ability to cause a spike in oil prices, thus slowing the United States economy, and to warn American trading partners that joining the new sanctions, which the Senate passed by a rare 100-0 vote, would come at a high cost.

Oil prices rose above \$100 a barrel in trading after the threat was issued, though it was unclear how much that could be attributed to investors' concern that confrontation in the Persian Gulf could disrupt oil flows.

The new punitive measures, part of a bill financing the military, would significantly escalate American sanctions against Iran. They come just a month and a half after the International Atomic Energy Agency published a report that for the first time laid out its evidence that Iran may be secretly working to design a nuclear warhead, despite the country's repeated denials.

In the wake of the I.A.E.A. report and a November attack on the British Embassy in Tehran, the European Union is also contemplating strict new sanctions, such as an embargo on Iranian oil.

For five years, the United States has implemented increasingly severe sanctions in an attempt to force Iran's leaders to reconsider the suspected nuclear weapons program, and answer a growing list of questions from the I.A.E.A. But it has deliberately stopped short of targeting oil exports, which finance as much as half of Iran's budget.

Now, with its hand forced by Congress, the administration is preparing to take that final step, penalizing foreign corporations that do business with Iran's central bank, which collects payment for most of the country's energy exports.

The sanction would effectively make it difficult for those who do business with Iran's cen-

tral bank to also conduct financial transactions with the United States. The step was so severe that one of President Obama's top national security aides said two months ago that it was "a last resort." The administration raced to put some loopholes in the final legislation so that it could reduce the impact on close allies who have signed on to pressuring Iran.

The legislation allows President Obama to waive sanctions if they cause the price of oil to rise or threaten national security.

Still, the new sanctions raise crucial economic, diplomatic, and security questions. Mr. Obama, his aides acknowledge, has no interest in seeing energy prices rise significantly at a moment of national economic weakness or as he intensifies his bid for re-election — a vulnerability the Iranians fully understand. So the administration has to defy, or at least carefully calibrate, the laws of supply and demand, bringing to market new sources of oil to ensure that global prices do not rise sharply.

"I don't think anybody thinks we can contravene the laws of supply and demand any more than we can contravene the laws of gravity," said David S. Cohen, who, as treasury under secretary for terrorism and financial intelligence, oversees the administration of the sanctions. But, he said, "We have flexibility here, and I think we have a pretty good opportunity to dial this in just the right way that it does end up putting significant pressure on Iran."

The American effort, as described by Mr. Cohen and others, is more subtle than simply cutting off Iran's ability to export oil, a step that would immediately send the price of gasoline, heating fuel, and other petroleum products skyward. That would "mean that Iran would, in fact, have more money to fuel its nuclear ambitions, not less," Wendy R. Sherman, the newly installed under secretary of state for political affairs, warned the Senate Foreign Relations Committee earlier this month.

Instead, the administration's aim is to reduce Iran's oil revenue by diminishing the volume of sales and forcing Iran to give its customers a discount on the price of crude.

Some economists question whether reducing Iran's oil exports without moving the price of oil is feasible, even if the market is given signals about alternative supplies. Already, analysts at investment banks are warning of the possibility of rising gasoline prices in 2012, due to the new sanctions by the United States as well as complementary sanctions under consideration by the European Union.

Since President Obama's first months in office, his aides have been talking to Saudi Arabia and other oil suppliers about increasing their production, and about guaranteeing sales to countries like China, which is among Iran's biggest customers. But it is unclear that the Saudis can fill in the gap left by Iran, even with the help of Libyan oil that is coming back on the market. The United States is also looking to countries like Iraq and Angola to increase production.

Daniel Yergin, whose new book, "The Quest," describes the oil politics of dealing with states like Iran, noted in an interview that "given the relative tightness of the market, it will require careful construction of the sanctions combined with vigorous efforts to bring alternative supplies into the market." He said that it would "add a whole new dimension to the debate over the Keystone XL pipeline," the oil pipeline from Canada to the United States that the administration has sought to delay.

"The only strategy that is going to work here is one where you get the cooperation of oil buyers," said Michael Singh, managing director of the Washington Institute for Near East

Policy. “You could imagine the Europeans, the Japanese, and the South Koreans cooperating, and then China would suck up all of the oil that was initially going to everyone else.”

A broader question is whether the sanctions — even if successful at lowering Iran’s oil revenue — would force the government to give up its nuclear ambitions.

One measure of the effects, however, is that the Iranian leadership is clearly concerned. Already the Iranian currency is plummeting in value against the dollar, and there are rumors of bank runs.

“Iran’s economic problems seem to be mounting and the whole economy is in a state of suspended expectation,” said Abbas Milani, director of Iranian studies at Stanford University. “The regime keeps repeating that they’re not going to be impacted by the sanctions. That they have more money than they know what to do with. The lady doth protest too much.”

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**